

Präsident Joe Bidens außenpolitische Offerten, ein erstes Resümee

Von Matthias Hofmann, Historiker & Orientalist (MA), Medienwissenschaften (Diplom)

Die Schonfrist des neuen US-Präsidenten ist vorbei. Grund genug, seine großartigen außenpolitischen Leistungen der ersten 100 Tage, wie sie in vielen Medien berichtet werden, auf den Prüfstein zu stellen.

Die Ernüchterung nach der Wahl von Joe Biden zum US-Präsidenten hat sich sehr schnell eingestellt. Seine kürzlich getätigte Aussage, dass er den russischen Präsidenten Wladimir Putin für einen Killer hielte, war weder diplomatisch noch eines US-Präsidenten würdig. Sie zeigt aber doch, dass Präsident Biden nicht der ist, den sich viele Europäer im Amt des US-Präsidenten gewünscht hatten, sondern dass er dem europäisch-russischen Verhältnis gegenüber ähnlich abträglich ist, wie es bereits bei seinem Vorgänger Präsident Trump der Fall war. Dieser Vorwurf Präsident Bidens erinnert an die undiplomatische Aussage des damaligen US-Präsidenten Barack Obama im Sommer 2016, als er Russland zur Regionalmacht degradierte. Eine Aussage, die damals so gar nicht in das Auftreten Obamas passen wollte: Sie erscheint im Rückblick doch eher als eine Eingebung des damaligen Vize-Präsidenten Joe Biden.

Präsident Biden macht nun also keinen Hehl mehr aus seiner grundsätzlichen Ablehnung des russischen Präsidenten Putin. Am 29. Januar 2021 hatte Präsident Biden zwar den New-START-Vertrag mit Russland um fünf Jahre verlängert¹, aber seine damalige Ankündigung, diesen Vertrag als Grundlage für weitere Abrüstungs- und Sicherheitsverträge mit Russland nehmen zu wollen, muss wohl nach der „Killer“-Bezeichnung neu bewertet oder gänzlich bezweifelt werden.

Präsident Biden hat den europäischen NATO-Partnern mittlerweile auch sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass er auf die Einhaltung der 2-%-Klausel des NATO-Vertrages besteht. Unter anderem erklärte sich auch die deutsche Bundesregierung bereit, die Rüstungsausgaben deutlich zu erhöhen. Im Grußwort des FES-Papiers „Die Allianz im Umbruch“ schreibt der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg dazu, dass die Bundesrepublik zwischen 2014 bis 2019 ihren Verteidigungsetat bereits um 40 % und bis 2030 nochmals um 80 % erhöht hat bzw. zugesagt hat zu erhöhen.² Dabei scheint es auch unwichtig zu sein, welche Koalition die Regierung in Berlin künftig bestellen wird. Damit würde Deutschland – nach jetzigem Stand – im internationalen Rüstungsausgabenranking den 3. Platz nach USA und der VR China belegen. Die Bundesregierung wird sich bemühen, hier den US-Wünschen zu entsprechen, spürt sie es doch an den US-Sanktionen bzgl. des Weiterbaus der Nord-Stream-2-Pipeline deutlich, was passiert, wenn man sich den Wünschen der US-Administration widersetzt. Hierzu sollten noch einige Fakten bedacht werden:

- 1) Die Bundesrepublik bezieht seit 1973 Erdgas aus Russland bzw. der damaligen Sowjetunion. Diesen Umstand hat selbst damals die USA nicht zum Anlass genommen an der NATO-Bündnistreue Deutschlands Zweifel zu hegen.
- 2) Seit 1995 kauft die USA regelmäßig Erdöl aus Russland. Laut Handelsblatt belegt Russland mittlerweile Platz drei unter den Öllieferanten der USA – noch vor Saudi-Arabien.³

¹ Thumann, Michael, Nur eine Atempause vom 29.01.2021; auf: www.zeit.de; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-01/new-start-vertrag-abruerstung-usa-russland-5vor8> (abgerufen am 18.03.2021)

² Stoltenberg, Jens, Grußwort, in: Die Allianz im Umbruch, hrsg. von Ringo Wagner und Hans-Joachim Schaprian, Magdeburg 2020. Seite 9.

³ Koch, Moritz und Stratmann, Klaus, USA steigern Ölimporte aus Russland – kämpfen aber weiter gegen Nord Stream 2 vom 25.03.2021, auf: www.handelsblatt.com; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/energie->

- 3) Sobald die Nord-Stream-2-Pipeline Gas liefert, verlieren Polen und die Ukraine eine lebenswichtige Einnahmequelle, nämlich die Durchleitungsgebühren, die sie seit 1973 für die Gaslieferungen an Europa erhalten hatten.
- 4) Das gefrackte Gas aus den USA kann zurzeit nicht auf den Weltmärkten verkauft werden, da durch die hohen Transportkosten (das Gas muss während der Dauer des Transportes auf -161 bis -164 °C heruntergekühlt werden) das Gas zu teuer ist. Nur die europäischen Freunde der USA kaufen dieses Gas, wobei vor allem Deutschland seinen Gasimport aus den USA seit den letzten vier Jahren kontinuierlich erhöht.

Ob sich die deutsche Bundesregierung nach der offenen Denunzierung Präsident Putins den Weiterbau der Nord-Stream-2-Pipeline noch leisten kann, wird immer fraglicher, weil sie damit unweigerlich eine dem NATO-Bündnis abträgliche Position bezöge. Die Prognosen der anstehenden Bundestagswahlen im September 2021 sehen für die Partei Die Grünen/Bündnis 90 reelle Chancen die Wahl zu gewinnen. Nach Aussagen einiger Spitzenfunktionäre der Partei will man nach einem möglichen Wahlsieg sofort das Projekt Nord Stream 2 beenden: Der Journalist Stephan-Götz Richter erklärte am 25. April 2021 für viele interessierte Beobachter überraschend im „Presseclub“ der ARD, dass die Partei die Grünen die treueste unter den deutschen Parteien bezüglich der US-amerikanischen außenpolitischen „Offerten“ sei.⁴

Die Position Präsident Bidens gegenüber Russland ist wohl darauf ausgelegt jegliche Westbestrebungen seitens Putins zu be- bzw. zu verhindern, dazu sind ihm sowohl NATO wie auch EU geeignete Partner. Zu dieser Eingrenzungspolitik gegenüber Russland gehört auch die Erklärung Bidens vom 24. April, dass es sich beim osmanischen Vorgehen im I. Weltkrieg gegenüber den Armeniern um einen Völkermord gehandelt hätte. Bisher hatte es die US-Administration mit Rücksicht auf den wichtigen NATO-Partner Türkei immer vermieden, die Ereignisse von 1915/16 als Genozid zu bezeichnen.⁵ Eine wesentliche Rolle dürften hierbei die US-amerikanischen Pläne gespielt haben, Armenien künftig stärker an den Westen zu binden und die derzeitige armenische Verbundenheit gegenüber Russland zu brechen. Seit 1990 sind drei russische Divisionen in Armenien stationiert, um die armenisch-türkische Grenze gegen türkische Aggressionen zu schützen. Bereits Anfang des neuen Jahrtausends hatte die EU ihr Interesse bekundet, auch Armenien in die EU aufnehmen zu wollen. Allerdings unterschrieb die armenische Regierung im Herbst 2014 ein Beitrittsabkommen zur Eurasischen Wirtschaftsunion,⁶ wodurch ein Beitritt zur EU eher unwahrscheinlich wurde. Diese außenpolitische Offerte gegenüber den Westinteressen Russlands hatte auch schon die Trump-Administration konsequent betrieben, indem der damalige US-Außenminister Pompeo Anfang Februar 2020 Belarus einen Staatsbesuch abstattete, um die gegenseitigen Beziehungen zu

[usa-steigern-oelimporte-aus-russland-kaempfen-aber-weiter-gegen-nord-stream-2/27039762.html?ticket=ST-4029575-CHT6rN2I33fTTiXLOMCV-ap4](https://www.tagesschau.de/usa-steigern-oelimporte-aus-russland-kaempfen-aber-weiter-gegen-nord-stream-2/27039762.html?ticket=ST-4029575-CHT6rN2I33fTTiXLOMCV-ap4) (abgerufen am 25.04.2021)

⁴ ARD, Der Presseclub, Mediathek vom 25.04.2021.; <https://www.ardmediathek.de/video/presseclub/100-tage-im-amt-wie-regiert-joe-biden-amerika/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLTlIMDIjOTk2LTkxOWItNDZhZi04YjYyLTg5YzBkYWUONTMzZA/> (abgerufen am 25.04.2021)

⁵ Biden spricht von Völkermord, vom 24.04.2021; auf: www.tagesschau.de; <https://www.tagesschau.de/ausland/biden-armenien-genozid-101.html> (abgerufen am 25.04.2021)

⁶ Die Eurasische Wirtschaftsunion wurde am 29.05.2014 von Russland, Belarus und Kasachstan gegründet. Im Oktober 2014 ist Armenien und im August 2015 Kirgisistan beigetreten.

verbessern und damit die Spannungen zwischen Russland und Belarus für die eigene Außenpolitik auszunutzen.⁷

Präsident Biden hat in den ersten 100 Tagen seiner Präsidentschaft deutlich seine militärpolitischen Pläne, für die er die NATO-Partner in der nächsten Zeit brauchen wird, skizziert. Die deutsche Verteidigungsministerin erklärte am 14. März 2021, dass künftig Marine-Verbände der Bundeswehr auch verstärkt im Indo-Pazifik-Raum eingesetzt werden sollen, um dort die Pläne der VR China zu durchkreuzen.⁸

Der Indo-Pazifik-Raum ist seit der Präsidenten-Ära Obama zusammen mit der chinesischen Pazifikküste der Hotspot der US-Außenpolitik. Zudem steht seitens der VR China auch eine Invasion in Taiwan im Raum sowie eine frühere Übernahme Hongkongs als 2047, wie ursprünglich mit Großbritannien vereinbart (Ein Staat zwei Systeme-Vertrag). Hier gilt es für die USA Flagge zu zeigen und die „freie Welt“ vor den chinesischen Aggressoren zu beschützen - aber nicht mehr alleine, sondern unter Aufgebot aller verfügbaren Mittel ihrer NATO-Verbündeten. Hierbei ist zu bemerken, dass die NATO selbst das militärische Aufstreben der VR China viel zu lange ignoriert hatte. Erst beim NATO-Gipfel 2019 erkannte sie die potentielle Gefahr, die von der VR China ausgeht, an.⁹

Die zweite Aufgabe für die US-Regierung im Pazifikraum ist Nordkorea. Die bisherige Korea-Politik der USA - seit der Obama-Ära - kann man wohl am besten mit „Zuckerbrot und Peitsche“ umschreiben. Die USA streben nach wie vor an, dass Nordkorea sein Atomwaffenarsenal vollständig, überprüfbar und irreversibel abrüstet.¹⁰ Nordkorea seinerseits versteht die Atomwaffe als sicherheitspolitisches und wirtschaftliches Faustpfand bei den Verhandlungen mit der US-Administration. Zum einen garantiert es ihnen eine international angestrebte friedliche Einigung; und zum anderen können sie wohl damit rechnen, umfangreiche Wirtschaftshilfen aus den westlichen Industrieländern aushandeln zu können. Der größte Unsicherheitsfaktor dabei bleibt aber der „Diktator“ Kim Jong-un selbst, da nicht abzusehen ist, ob er sich von den in Aussicht gestellten Wirtschaftsofferten zu einer Abrüstungspolitik (ver-)leiten lässt oder nicht. Bisher hat er allen US-amerikanischen Gesprächsofferten eine rüde Absage erteilt und sie vielmehr als „billigen“ Trick bezeichnet „um Zeit zu gewinnen und die öffentliche Meinung (in ihrem Sinne) zu formen.“¹¹ Präsident Biden misst diesem Konfliktherd so viel Interesse bei, dass er während seiner bisherigen kurzen Amtszeit schon ein Marinemanöver zusammen mit den südkoreanischen Streitkräften (Mitte März 2021) vor der Küste Nordkoreas hat durchführen lassen, um Kim Jong-un unmissverständlich zu bedeuten, dass er bzw. die USA Nordkorea nicht unbeobachtet lassen werde.

⁷ USA und Weißrussland setzen auf Annäherung, vom 01.02.2020; auf: www.dw.com; <https://www.dw.com/de/usa-und-wei%C3%9Frussland-setzen-auf-ann%C3%A4herung/a-52228480> (abgerufen am 29.04.2021)

⁸ Kühl, Christiane, AKK-Plan: Bundeswehr soll nun China im Indo-Pazifik eindämmen - Expertin attestiert „schärfere Tonlage“ vom 14.03.2021, auf: www.merkur.de; <https://www.merkur.de/politik/bundeswehr-einsatz-china-kramp-karrenbauer-bayern-macht-xi-jinping-90239570.html> (abgerufen am 18.03.2021)

⁹ Riegert, Bernd, NATO sieht China als möglichen Gegner, vom 04.12.2019; auf: www.dw.com; <https://www.dw.com/de/nato-sieht-china-als-m%C3%B6glichen-gegner/a-51532719> (abgerufen am 19.03.2021)

¹⁰ Rüesch, Andreas, Atomstreit mit Nordkorea: Erstmals seit einem Jahr startet Nordkorea ballistische Kurzstreckenraketen, vom 27.03.2021; auf: www.nzz.ch; <https://www.nzz.ch/international/amerika-und-nordkorea-atomprogramm-das-wichtigste-im-ueberblick-ld.1399947> (abgerufen am 27.04.2021)

¹¹ Nordkorea will Kontaktversuche der USA ignorieren, vom 18.03.2021; auf: www.spiegel.de; <https://www.spiegel.de/politik/ausland/nordkorea-will-kontaktversuche-der-usa-ignorieren-a-b10d2691-3487-4b83-92e7-ea27b3e8cea9> (abgerufen am 19.03.2021)

Die Hoffnung, die vielerorts in Präsident Biden gesetzt wurde, mit dem Iran an den Verhandlungstisch zurückzukehren, rückt in weite Ferne, da er dem von Präsident Trump aufgekündigten Atomvertrag (Mai 2018) nicht wieder beigetreten ist. Vielmehr hat er den Iran aufgefordert, erst erneut mit den USA zu verhandeln, bevor die US-Administration in das Abkommen eventuell wieder einsteigen wollte. Der Iran verweigerte dies und forderte seinerseits, dass die USA zuerst die einseitig verhängten Sanktionen gegen den Iran aufheben müssten, um seitens des Irans die Voraussetzung für weitere Verhandlungen zu erfüllen. Dieses Zugeständnis verweigert wiederum die US-Administration. Die Rolle der Europäer, vor allem die der Deutschen, ist hierbei eher marginal, auch wenn der deutsche Außenminister Heiko Maas in einem Fernsehinterview am 18. Februar 2021 den Iran vor der weiteren Eskalation der Situation durch sein „uneinsichtiges“ Verhalten gewarnt hatte.¹² Deutschland hat nach dem Austritt der USA aus dem Atomvertrag (2018) keinerlei Maßnahmen ergriffen, um einerseits deutsche Wirtschaftsunternehmen vor der Sanktionierung durch die US-Administration zu schützen und andererseits auch nicht selber Maßnahmen ergriffen, um auf diese US-Vorgehen angemessen zu reagieren.

Verhandlungen mit dem Iran wären aber zurzeit sehr wichtig, da im Juni dieses Jahres im Iran Präsidentschaftswahlen stattfinden und der amtierende iranische Präsident Rohani nicht erneut kandidieren darf. Die religiös-konservativen Politiker fordern nun im Iran einen neuen radikalen (provozierenden) Kurs gegenüber den USA. Einen erneuten Machtzuwachs der religiös-konservativen Kräfte im Iran könnte nur eine schnelle Rückkehr der USA an den Verhandlungstisch – ohne Vorbedingungen – verhindern, denn die USA waren/sind der Vertragsbrecher und nicht der Iran.¹³ Seit Ende April 2021 finden neue Atomverhandlungen zwischen beiden Staaten in Wien statt. Allerdings sind sie nicht sehr erfolgsversprechend, da Präsident Biden zusätzlich zum Nicht-Lockern der US-Sanktionen auch noch der iranischen Administration unterstellt, destabilisierend in der persischen Golf-Region zu operieren. Dieses iranische Vorgehen wird durch den Ende April 2021 dokumentierten Marinezwischenfall im Persischen Golf zwischen einem US-Kriegsschiff und iranischen Militärbooten medial aufgezeigt.¹⁴

So wie sich die Situation aber zurzeit darstellt, lässt die US-Administration die Chance auf einen friedlicheren Neubeginn der Beziehungen zwischen den USA und dem Iran ungenutzt verstreichen. Die Möglichkeit auf eine friedliche Einigung zwischen beiden Kontrahenten nach den iranischen Wahlen wird noch unwahrscheinlicher werden, wenn sich die religiösen Hardliner bei den Präsidentschaftswahlen durchsetzen. Völlig unklar ist auch die Rolle Israel hierbei, aber man kann wohl davon ausgehen, dass die israelische Administration vielfältig versuchen wird, auf die Verhandlungen und den Vorgang selber Einfluss zu nehmen.

Der letzte Störfall in einer iranischen Atomanlage und der Anschlag bzw. Angriff auf einen iranischen Tanker vor der syrischen Küste (Mitte April 2021) lassen eine gewisse Agententätigkeit – von wem auch immer – vermuten.

Die von Präsident Biden verkündete stärkere Miteinbeziehung der NATO-Partner in die neue US-amerikanische Strategie ist auch noch nicht erkennbar. Anfang März 2021 sandte er über seinen

¹² Maas warnt Iran vor "Spiel mit dem Feuer" vom 18.02.2021; auf: www.dw.com; <https://www.dw.com/de/maas-warnt-iran-vor-spiel-mit-dem-feuer/a-56618791> (abgerufen am 18.03.2021)

¹³ Krüger, Paul-Anton, Rohanis Neujahrsbotschaft mit Knalleffekt vom 18.03.2021; auf: www.sueddeutsche.de; <https://www.sueddeutsche.de/politik/iran-praesident-usa-atomabkommen-hardliner-1.5239796> (abgerufen am 18.03.2021)

¹⁴ US-Marine: Warnschüsse gegen iranische Boote, vom 28.04.2021; auf: www.zdf.de; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/usa-marine-iran-persischer-golf-100.html> (abgerufen am 28.04.2021)

Außenminister Blinken einen Brief an den afghanischen Präsidenten Ghani, in dem er ihn unmissverständlich aufforderte, zukünftig mit den Taliban intensiver zusammenzuarbeiten, da die USA ihr militärisches Engagement noch 2021 in Afghanistan beenden würden. In dem Brief war auch die Sprache von der Einberufung einer zusätzlichen UN-Konferenz der wichtigsten externen Mächte, allerdings wurde die NATO hierbei nicht aufgelistet. Auch sind die NATO-Partner erst im Nachhinein über den US-diplomatischen Vorstoß informiert worden.¹⁵

Erfreulicherweise erkennt Präsident Biden die Klimaerwärmung als Tatsache an und ist mit den USA wieder dem internationalen Klimaabkommen beigetreten. Aber nicht nur dies: Mit der Personalie John Kerry (2013-17 Außenminister der USA) als Klima-Sonderbeauftragten der US-Regierung zeigt er die Bedeutung dieses Themas an. Am 22. und 23. April 2021 veranstaltete Präsident Biden einen Online-Klimagipfel, bei dem er auch die übrigen Teilnehmer (neben den USA die VR China, Russland und Deutschland sowie weitere 37 Staaten) aufforderte, künftig noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, um die vereinbarten Klimaziele erreichen zu können.¹⁶ Mit diesem kurzfristig von den USA einberufenen Klimagipfel verfolgt Biden vor allem zwei Ziele:

- 1) Die Abkehr von der Trump-Klima-Politik international zu dokumentieren und
- 2) auch in diesem Bereich für die USA eine Führungsposition zu beanspruchen.

Präsident Biden verfolgt augenblicklich das Ziel, die USA weiterhin als unangefochtene wirtschaftliche, militärische und politische Weltmacht Nr. 1 zu behaupten und verpflichtet auch die NATO-Verbündeten, ihn hierbei tatkräftig zu unterstützen. Dazu dringt die US-Administration darauf, dass die NATO-Verbündeten ihre Rüstungsausgaben massiv erhöhen, um eben auch als militärische Unterstützer eingesetzt werden zu können, ob nun verstärkt - stellvertretend für die US-Streitkräfte - im südlichen und östlichen Mittelmeerraum oder unterstützend im Indo-Pazifik-Raum, wird von den verschiedenen künftigen politischen Entwicklungen vor Ort abhängig sein. Damit geht auch einher, dass der ursprüngliche Einsatzradius der NATO (Nordatlantikpakt) auf alle Einsatzszenarien der US-Außenpolitik ausgedehnt wurde bzw. wird.

Eine Entspannungspolitik seitens Präsidenten Bidens ist weder gegenüber Russland noch gegenüber der VR China und auch nicht mit Blick auf den Iran erkennbar. Vielmehr sieht es hier nach einer Fortsetzung der US-Außenpolitik von Ex-Präsident Trump aus, die zwar jetzt verbal besser kommuniziert ist (nicht immer, siehe Putin), sich aber inhaltlich nicht von der Linie Trumps unterscheidet. Vielmehr scheint, dass mit Präsident Joe Biden ein „kalter Krieger“ in die internationale Politik zurückgekehrt ist.

Und zu guter Letzt:

Seit dem Amtsantritt von Präsident Joe Biden haben weder Deutschland noch Österreich (Stand Ende April 2021), als einzige europäische Staaten, einen US-amerikanischen Botschafter, die US-amerikanische Truppenpräsenz in Deutschland hingegen wurde um 500 auf jetzt 35.000 Mann erhöht. (Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.)

¹⁵ Busse, Nikolas, Eine diplomatische Ermahnung, vom 08.03.2021; auf www.faz.net; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/abzug-aus-afghanistan-blinkens-undiplomatische-ermahnung-17233861.html> (abgerufen am 09.03.2021)

¹⁶ Joe Biden setzt Signal bei Klimagipfel, vom 22.04.2021; auf: www.dw.com; <https://www.dw.com/de/joe-biden-setzt-signal-bei-klimagipfel/a-57282988> (abgerufen am 29.04.2021)